

Ulmer Bündnis will Prostituierten helfen

Rotlichtmilieu Geplant ist eine neue Anlaufstelle für Frauen, die in Bordellen arbeiten müssen. Gleichzeitig fordert die Initiative eine politische Debatte über das Thema Menschenhandel

VON MICHAEL RUDDIGKEIT

Ulm In Ulm und Neu-Ulm gibt es derzeit 28 Bordelle, in denen Schätzungen zufolge etwa 300 Prostituierte arbeiten. Wie viele es wirklich sind, weiß niemand – viele Frauen wechseln nach wenigen Tagen von einem Bordell ins nächste oder arbeiten illegal in Wohnungen oder Wohnheimen. Fest steht, dass der überwiegende Teil der Prostituierten aus Osteuropa kommt, vor allem aus Rumänien. Mit ihnen machen Bordellbetreiber und Zuhälter ein Millionengeschäft. Viele der meist jungen Frauen wurden unter falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt und hier zur Prostitution gezwungen. Für sie gibt es bislang in Ulm keine Beratungs- und Anlaufstelle. Das will das Ulmer Bündnis gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution ändern. Gleichzeitig soll das Thema stärker auf die politische Agenda und in die öffentliche Diskussion gebracht werden – sowohl in Ulm als auch im Rahmen der Donauraumstrategie. Denn: „Ulm ist ein Brennpunkt“, sagt Dagmar Engels, die als Leiterin der Volkshochschule Ulm dem Bündnis angehört.

Geschaffen werden soll eine Streetworkstelle, um besonders niederschwellig Kontakt zu den Frauen aufzunehmen zu können und diesen zu helfen. Dabei geht es beispielsweise um Aufklärung und Beratung zu sexuell übertragbaren Krankheiten, anonyme HIV-Tests, Hilfe beim Gang zu Ämtern und Ärzten, aber auch Unterstützung beim Ausstieg aus der Prostitution. Ähnliche Anlaufstellen gibt es beispielsweise in Freiburg oder Stuttgart. „Es gibt ein fertiges Konzept“, sagt Tanja Wöhrle von der Aids-Hilfe Ulm/Neu-Ulm. „Aber um es als Projekt umzusetzen, bräuchten wir eine Finanzierung.“ Derzeit liefen Gespräche mit den Städten Ulm und Neu-Ulm. „Wir hoffen, dass das Thema dann in den Gemeinderat kommt.“ Das Angebot soll vor allem die Lebenssituation der betroffenen Frauen verbessern. Dazu würden die Streetworker auch in die Bordelle gehen, um die Prostituierten zu erreichen und mit ihnen sprechen zu können.

Daneben geht es dem Bündnis aber auch darum, das Thema Zwangsprostitution heraus aus der Schmutzdecke und ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. „Wir



Das Ulmer Bündnis gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel will eine neue Beratungs- und Anlaufstelle für Prostituierte schaffen. Dafür braucht die Initiative die Hilfe der Politik. Symbolfoto: Oliver Berg, dpa

Wer hinter dem Bündnis steckt und was in Stuttgart derzeit passiert

Das Ulmer Bündnis gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution gibt es seit mehreren Jahren. Mit dabei sind die Volkshochschule Ulm, die Aids-Hilfe Ulm/Neu-Ulm, das Frauenbüro der Stadt Ulm, Mitglieder des Ulmer Gemeinderats, die Organisation Terre des Femmes und

der ehemalige Polizeihauptkommissar Manfred Paulus. Beim Ziel, eine öffentliche Diskussion über das Thema Zwangsprostitution anzustoßen, ist die Stadt Stuttgart deutlich weiter als Ulm. Sie hat eine provokante Kampagne gestartet, die an das Verantwortungsbewusstsein

der Freier appellieren soll. Auf großflächigen Plakaten heißt es beispielsweise „Kondome benutzt man, Frauen nicht“ oder „Nurten sind Menschen“. Jedem Freier müsse klar sein, dass Armuts- und Zwangsprostitution nicht zu dulden seien, sagte Stuttgarts OB Fritz Kuhn. (mru)

sagt Dagmar Engels. Ein wichtiger Schritt sei bereits voriges Jahr erfolgt, als Stadträte sich im bulgarischen Ruse über Aktivitäten von Polizei, Staatsanwaltschaft, Politik und Nicht-Regierungs-Organisationen informierten. Dieses Jahr soll das Thema beim Internationalen Donaustauf auf die Tagesordnung gesetzt werden. Geplant ist eine Ausstellung der Organisation Terre des Femmes im Stadthaus sowie eine Podiumsdiskussion über Menschenhandel und die Rolle der Donauländer

der, aus denen viele Zwangsprostituierte kommen. „Wir wollen zeigen, unter welchen Bedingungen Prostituierte arbeiten und auch an die Freier appellieren, sensibel für das Thema zu sein“, sagt Diana Bayer vom Frauenbüro der Stadt Ulm. Den Mitarbeitern der Aids-Hilfe ist aufgefallen, dass in jüngster Zeit verstärkt Freier anrufen und fragen, wie hoch denn die Ansteckungsgefahr mit dem HI-Virus bei den Prostituierten sei. Dem Bündnis geht es jedoch darum, dass immer

mehr Menschen – Frauen wie Männer – beginnen, das System der Prostitution zu hinterfragen. Diana Bayer: „Wollen wir in einer Gesellschaft leben, in der es normal ist, zum Junggesellenabschied ins Bordell zu gehen?“

Das Thema gehöre dringend auf die politische Agenda, sagt Stadträtin Karin Graf (CDU). Den Leuten müsse klar sein, was es bedeutet, wenn von Zwangsprostitution die Rede ist: „Es ist moderner Sklavenhandel.“